

München, 1. April 2008

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

BBB: Jetzt muss auch etwas für die Landesbeschäftigten getan werden!

Der Vorstand des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) begrüßt den Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst. Das Ergebnis sei auch das Resultat der neu gewonnenen gewerkschaftlichen Geschlossenheit. „Nun muss Bayern seinen Beschäftigten zeigen, dass sie ihrem Dienstherrn genau so viel wert sind“, fasste Rolf Habermann, Vorsitzender des BBB, die Auffassung des Gremiums zusammen. Die beschlossenen Neuerungen gelten nur für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen. Die Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst drohen in unverantwortbarer Weise auseinanderzudriften. Wir haben mittlerweile innerhalb des öffentlichen Dienstes insgesamt Wochenarbeitszeiten von 38,5 bis 42 Stunden je nach Beschäftigtenstatus oder Dienstherrn (Bund, Länder und Kommunen). Bei den Bezügen ist es noch unübersichtlicher.

In Bayern steht die nächste Einkommensrunde zum Jahresbeginn 2009 an. „Da muss eine satte Erhöhung her“, fordert der Vorsitzende. Aber schon vorher müsse ein spürbarer Nachschlag sowohl im Tarif- als auch im Beamtenbereich erfolgen. Der BBB-Vorstand spricht sich deshalb für eine Einmalzahlung in Höhe von mindestens 600 Euro aus.

„Wir brauchen einheitliche Verhältnisse im öffentlichen Dienst“, lässt Habermann wissen. Im Tarifbereich existieren mehrere Verhandlungspartner: Im Wesentlichen Bund und Kommunen einerseits und die Länder andererseits. Im Beamtenbereich hat die Föderalismusreform dazu geführt, dass jedes Land für das Recht der Landes- und Kommunalbeamten selbst zuständig ist. In jedem Bereich werden die Arbeitsbedingungen isoliert geregelt. Die Beschäftigten arbeiten aber – insbesondere in den Kommunen – Seite an Seite. „Hier brauchen wir eine Harmonisierung“, verlangt der BBB-Chef. „Jetzt ist die Bayerische Staatsregierung gefordert.“

Ein weiterer wesentlicher Punkt zur Schaffung zumindest annähernd einheitlicher Verhältnisse sei die Reduzierung der Arbeitszeit der bayerischen Beamten. Dies habe gerade der aktuelle Tarifabschluss gezeigt. In Bayern gelte seit über drei Jahren die 42-Stunden-Woche. Damit steht Bayern im Ländervergleich „an der Spitze“.

„Es ist unzumutbar und unermesslich demotivierend, wenn die Beschäftigten Woche für Woche miterleben müssen, wie ihre Kollegen jeden Freitag früher nach Hause gehen“, veranschaulicht Habermann.